



**Abrüstung statt Aufrüstung ist
das Gebot der Stunde.**

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen dringlicher denn je. Viele Menschen sind besorgt und verunsichert durch Krieg und Terrorismus und einer drohenden militärischen Konfrontation zwischen den NATO-Staaten bzw. den USA und Russland. Freihandel und Direktinvestitionen, Konkurrenz um knappere Ressourcen und Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente. Seit 16 Jahren führen die westlichen Staaten unter Führung der USA und mit Beteiligung Deutschlands ihren sogenannten Krieg gegen den Terror. Dieser Krieg gegen den Terror ist gescheitert. Der Terror wurde nicht besiegt, sondern nach Europa geholt. In den Ländern, in denen der Krieg gegen den Terror geführt wird, wie Afghanistan, Pakistan und Irak, hat er die Gesellschaften zerstört. Er hat die bekämpften Gruppen wie Taliban und Al Kaida kaum geschwächt, andere Gruppen wie den Islamischen Staat überhaupt erst stark gemacht.

Aus dem Inhalt:

Abrüstung statt Aufrüstung	S.1
Nur im Frieden kann der Mensch sein	S.2
150. Geburtstag von R. Luxemburg	S.3
Interview mit Janine Wissler und Susanne Henning-Wellso	S.4 S.5
DIE LINKE im Bundestag	S.6
Die LINKE im Bundestag	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und hat Macht und Einfluss auf diese Entwicklungen. Im Weißbuch der Bundeswehr wird der Anspruch erhoben, die globale Ordnung – auch militärisch – aktiv mitzugestalten, vor dem Hintergrund der »wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung« Deutschlands. Wir stellen uns gegen die Pläne der Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtpolitik.



Wenn die Regierung von »deutscher Verantwortung in der Welt« spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.

DIE LINKE

Themenseite Frieden

Und wie sieht es aktuell aus?

USA stationieren 500 weitere Soldaten Von Trump geplanter Truppenabzug aus Deutschland vom Tisch

Die USA stocken ihre Truppen in Deutschland um 500 Soldaten auf. Das kündigte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am Dienstag nach einem Treffen mit seiner Amtskollegin Annegret Kramp-Karrenbauer in Berlin an. Die Soldaten sollen schon im Herbst im Raum Wiesbaden stationiert werden. „Diese Truppen werden die Abschreckung und Verteidigung in Europa stärken,“ sagte Austin. Die Soldaten würden nach Deutschland geschickt, um Konflikte zu verhindern, „und wenn nötig, um zu kämpfen und zu siegen.“ Die Stationierung sei auch als Bekenntnis der USA zum verbündeten Deutschland zu verstehen, so Austin.

Sevim Dagdelen, abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, sagte: „Die Verstärkung der US-Militärpräsenz in Deutschland ist als Teil der brandgefährlichen Konfrontation gegenüber Russland das komplett falsche Signal.“

Der damalige US-Präsident Donald Trump hatte 2020 den Abzug von 12.000 der 35.000 US-Soldaten in Deutschland als Strafkolonie für die mangelnden deutschen Militärausgaben angekündigt.

nd DER TAG vom 14. April 2021

NATO umkreist Serbien Westliche Kriegsallianz hält großen Teil ihres Manövers »Defender Europe 2021« auf Balkan ab

Dazu ein Auszug eines Artikels aus der Tageszeitung junge Welt:

„... Um was es den Vereinigten Staaten dabei geht, ließ Christopher Cavoli, kommandierender General der US-Armee in Europa und Afrika, in einer Pressemitteilung wissen: »Defender Europe 21 bietet uns die beste Gelegenheit, unsere Fähigkeiten an der Seite unserer Verbündeten und Partner in der strategisch wichtigen Balkan- und Schwarzmeerregion zu verbessern, damit wir gemeinsam bereit sind, auf jede Krise zu reagieren, die entstehen könnte.« Die NATO versucht mit allen Mitteln, ihr »360 Grad«-Konzept durchzusetzen – die alleinige globale Vorherrschaft in strategisch wichtigen Gebieten wie etwa der Mittelmeerregion. Dabei werden Kooperationen der dortigen Staaten mit Russland oder China als Bedrohung des westlichen Herrschaftsanspruchs interpretiert.

Roland Zschächner

junge Welt, 16. April 2021, Nr. 88

150. Geburtstag von Rosa Luxemburg

Bildhauer Thomas Jastram: Weil ich sie verehere"

„Von Dr. André Brie erhielt ich den Auftrag, den ich mir zu eigen gemacht habe – eine Statue von Rosa Luxemburg zu gestalten.“

Am Freitag, dem 5. März 2021, anlässlich des 150. Geburtstages von Rosa Luxemburg, wurde – Rosa – am Wohnort von André Brie in Anwesenheit von Gregor Gysi eingeweiht.

Am 5. März 1871 wurde Rosa Luxemburg in Zamosc geboren. Es war auch das Jahr der Pariser Kommune: 28. März bis 25. Mai 1871.

Der Ausbruch massenhafter Arbeiterproteste im Mai 1892 in Lodz sowie deren Niederschlagung hatten u. a. Einfluss auf ihr politisches Denken. In einer ihrer frühesten Arbeiten, geschrieben im Mai 1892, deuten sich in den Zeilen die Weichenstellungen für ihren politischen Kampf an. „Wir werden nicht eher ruhen, bis wir offen sagen und schreiben können, was wir wollen, bis wir uns versammeln und über unsere Angelegenheiten beraten können, bis wir offen den Kampf gegen die Fabrikanten und Herren führen und am Arbeiterfeiertag (1. Mai seit 1890 in Deutschland mit Demonstrationen und Streiks) mit Musik und Fahnen durch die Stadt ziehen können..... Und wenn über uns die Sonne der Freiheit aufgeht, wenn keine eiserne Kraft uns den Mund knebelt und die Hände bindet, dann werden wir unser rotes Banner hissen und den Ruf der Freiheit erklingen lassen, zusammen mit den Brüdern der ganzen Welt. Es lebe der Sozialismus! Es leben gemeinsames Eigentum, Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit!“

In den Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung anlässlich 150 Jahre Rosa Luxemburg spielen ihre Thesen/Wünsche/Vorstellungen für die Auseinandersetzungen der Gegenwart eine wichtige Rolle. Hierzu möchte ich die Ausführungen einiger Autorinnen und Autoren darstellen.

Dagmar Enkelmann und Daniela Trochowski zum Freiheitsbegriff:

"Verfälschungen sind an der Tagesordnung, beispielsweise habe Rosa Luxemburg Freiheit für ihresgleichen gefordert. Ein Blick in die Schriften zeigt, dass das Gegenteil der Fall ist." Luxemburg: "Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein - ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden." "Heute ist der Wunsch nach

Freiheit wieder besonders virulent (= gefährvoll auswirkend). Doch nicht die Freiheit von Krieg, Ausbeutung oder physischer Gewalt sind der Grund, sondern eine weltweite Pandemie,.... Freiheit wurde und wird übersetzt in Smartphone, Fernreisen, in das Recht, ja geradezu die Pflicht, die Ellenbogen einzusetzen. ..."

Gerade deshalb dürfen wir den Freiheitsbegriff als Linke weder aufgeben, noch einer neoliberalen Interpretation überlassen - im Sinne der von uns verehrten Rosa Luxemburg und im Sinne einer menschenwürdigen Zukunft.



Thomas Jastram in seinem Atelier mit der Statue von Rosa

Wer sind die neuen Vorsitzenden?



Fünf Fragen an Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow.

Als Parteivorsitzende sind sie beratende Mitglieder im Vorstand der Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler

- geboren am 23. Mai 1981 in Langen (Hessen)
- seit 2008 Abgeordnete im Hessischen Landtag
- Fraktionsvorsitzende

Susanne Hennig-Wellsow

- geboren am 13. Oktober 1977 in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern)
- seit 2004 Abgeordnete im Thüringer Landtag
- Fraktionsvorsitzende

Was kann eine Parteivorsitzende besser als ein Parteivorsitzender?

DIE LINKE hat erstmals eine weibliche Doppelspitze. Frauen machen nicht „besser“ Politik als Männer, aber ich würde mich freuen, wenn zwei weibliche Vorsitzende dazu beitragen können, dass wir noch mehr Frauen gewinnen, die Partei zu wählen, einzutreten und sich mit uns in der LINKEN zu engagieren. Als Doppelspitze wollen wir zu einem Aufbruch beitragen.

Ich würde hier nicht von „besser“ sprechen, sondern davon, dass Frauen anders Politik machen. Es fließen besondere persönliche Erfahrungen ein, und Frauen haben gezeigt, dass sie kommunikativer, offener, emotionaler an Politik herangehen. Das kann eine Chance für die LINKE sein. Im Übrigen sollte es doch längst selbstverständlich sein, dass Parteien von Frauen geführt werden. Unsere weibliche Doppelspitze ist so auch ein gesellschaftliches Signal.

Welches Ziel willst Du persönlich unbedingt erreichen?

Ich möchte in einer gerechten und demokratischen Gesellschaft leben, in der die Menschen gemeinsam und gleichberechtigt entscheiden und nicht nur der Profit weniger zählt. In der der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt ist, alle Menschen den gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Kultur haben, die natürlichen Ressourcen geschützt und der Krieg geächtet ist.

Ich will, dass sich die Verhältnisse ändern, weil ich gerade in Thüringen gesehen habe, dass es so vielen Menschen an materieller Sicherheit, an Chancen und an gesellschaftlicher Anerkennung fehlt. Das macht unsere Verantwortung als LINKE aus: Alles in Bewegung zu setzen, damit Menschen abgesicherter, selbstbestimmter und so auch geborgener leben können.

Was hat Dich in deinem Leben am besten auf die Herausforderung als Berufspolitikerin vorbereitet?

Meine Jahre als Fachverkäuferin in der Elektroabteilung eines Baumarkts: Ich erinnere mich noch gut daran, wie es ist, wenn am Ende des Gehalts noch zu viel Monat übrig ist. Und ich habe gelernt, mich gegen meist männliche Kunden zu behaupten, die einer jungen Frau nicht zutrauen, sich mit Kabeln und Steckdosen auszukennen. Das hat mir als jüngste Abgeordnete im Landtag sehr geholfen, besonders im Wirtschaftsausschuss.

Mich haben natürlich meine 16 Jahre Leistungssport im Eisschnelllauf geprägt. Einen Wettkampf gewinnt man nicht am Tag des Rennens, sondern in den Monaten der Vorbereitung und des harten Trainings.

Aus der Landespolitik kennst Du die Belastung einer Berufspolitikerin. Warum willst Du jetzt noch mehr Verantwortung übernehmen?

Ich möchte die Erfahrungen, die ich in Hessen gesammelt habe, auf Bundesebene einbringen. Dazu gehört, dass die Partei eine stärkere Verankerung in den Gewerkschaften und den Betrieben braucht. Zugleich müssen wir Teil und Ansprechpartnerin sein für außerparlamentarische Bewegungen wie Black Lives Matter und den Omas gegen rechts, für Mieterinitiativen, die neuen feministischen Bewegungen und die Klimaschutzbewegung – ob Ende Gelände, Fridays for Future oder im Dannenröder Wald.

Es gibt so viele Menschen, deren Arbeit belastend und anstrengend ist. Als Politikerinnen und Politiker sollten wir also nicht vergessen, wer vor allem den Laden am Laufen hält. Doch vom gesellschaftlichen Reichtum kommt bei denen, die ihn produzieren, viel zu wenig an. Das muss sich ändern und das wollen wir ändern. Diese Verantwortung haben wir LINKE auf vielen Ebenen: in Bewegungen, in den Kommunen, in der Landespolitik. Mein Platz wird nun die Bundesebene sein.

Wo siehst Du die inhaltlichen Schwerpunkte bis zur Bundestagswahl?

Es stehen harte Auseinandersetzungen bevor, wer die Kosten der Corona-Krise trägt. Wir sind die Partei, die wirklich etwas gegen die wachsende Ungleichheit tut – etwa mit der Millionärssteuer. Es reicht nicht, für die zu klatschen, die den Laden am Laufen halten. Löhne müssen rauf, Mieten runter. Klimaschutz muss sozial gerecht sein. Wir sind eine laute Stimme gegen rechts und für eine konsequente Friedenspolitik.

Die Corona-Krise zeigt, was nicht gut läuft bei Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherung und, und, und. Wir brauchen schnell deutliche Besserungen. Das betrifft auch eine gerechte Lastenteilung. Lehren aus der Pandemie zu ziehen, heißt auch Einstiege in ökologischen Umbau zu finden und mehr internationale Solidarität zu üben. Die Klimakrise kann nur sozial bewältigt werden. Und natürlich geht es um den Schutz der Demokratie vor rechten Angriffen.

DIE LINKE im Bundestag

Föderale Fairness: 8-Punkte-Plan für gleichwertige Lebensverhältnisse bis 2025

Seit der deutschen Wiedervereinigung ist die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ein uneingelöstes Versprechen. "Das ist auch, aber längst nicht mehr allein eine Frage von Ost und West", heißt es in dem 8-Punkte-Plan, den Eva von Angern, Simone Oldenburg und Dietmar Bartsch am Mittwoch in der Bundespressekonferenz vorgestellt haben. Die Autoren des Plans fordern eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre, aber unter anderem auch eine vollständige Angleichung der Ostlöhne bis 2025 und einen Mindestlohn von 13 Euro.

1.

Wir brauchen nach der Bundestagswahl eine Vermögensteuer als eine Finanzierungsgrundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Vermögensteuer stärkt den Föderalismus.

2.

Ostdeutsche dürfen auf dem Lohnzettel keine Bürger zweiter Klasse sein: Ostlöhne bis 2025 zu 100 % angleichen, Niedriglohnsektor schließen, Nulltoleranz-Politik bei Kinderarmut.

3.

Ostrenten vor der Bundestagswahl zu 100 % angleichen und Rentenniveau für alle anheben statt Corona-Nullrunden!

4.

Krankenhäuser, Bahn, Internet: Starke Netze in der Fläche!

5.

Kosten für Pflegeheimbewohner senken - Pflege darf nicht arm machen!

6.

Verödung stoppen: Programme für Innenstädte, Bahnhofskneipen und Dorfläden

7.

Keine Extrawurst für Ostdeutschland, aber föderale Fairness bei Personal, Behörden und Unternehmen.

8.

Wir brauchen ein Bundesministerium für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Das Heimatministerium abschaffen!



DIE LINKE im Bundestag

[Podcast] Anke Domscheit-Berg im "Radio Verstehbahnhof"



Der Verstehbahnhof in Fürstenberg/Havel hat schon viel: einen Makerspace (= Hightech-Werkstatt, die Mitgliedern Zugang zu Maschinen, Werkzeugen und Software u. ä. ermöglicht), eine offene Küche, einen Veranstaltungsraum, ein Video- und Tonstudio mit Ausstattung als digitales Klassenzimmer und ein Wohnzimmer mit Bibliothek. In diesem Wohnzimmer entsteht nun auch dieser Podcast, der in demnächst auch über das Radio hörbar sein wird und daher "Radio Verstehbahnhof" heißt. Unsere Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg und ihr Mann Daniel Domscheit-Berg, beide Gründungsmitglieder des havel:lab e. V., dem gemeinnützigen Trägerverein des Verstehbahnhofs, setzen sich mit dem Geschehen in der Region auseinander und verbinden dabei das Lokale über mit dem Überregionalen. So diskutieren sie über gesellschaftspolitische Fragen, von digitaler Bildung bis zum kostenfreien WLAN in der Stadt, und natürlich auch über Aktuelles, wie die pandemische Lage in Fürstenberg, aus der man durchaus einiges für den Rest des Landes ableiten kann.

Linke Newsletter 11/21

Norbert Müller: Bundeswehr erkaufte privilegierten Zugang zur Mangelware Kita-Platz

Kita-Plätze sind in diesem Land nach wie vor Mangelware. Eindrücklich zu beobachten ist dies stets an den Einschreibetagen in den Einrichtungen vor Ort. Umso paradoxer wirkt es, dass bundesweit dutzende Plätze unbesetzt bleiben. Das ist zurückzuführen auf eine besondere Praxis der Bundeswehr. Diese erkaufte sich vielerorts sogenannte Belegrechte und kann diese nach Belieben nutzen. Die Zahl der von der Bundeswehr vertraglich gebundenen Belegrechte stieg von 2014 bis Anfang 2021 von 277 auf 632 Plätze bundesweit. Aktuell bis zu 1.600 Euro pro Monat und Platz zahlt die Truppe und hat ihre Gesamtaufwendungen dafür seit 2016 nahezu verdoppelt. Belegrechte werden vor allem dort gekauft, wo Kitaplätze Mangelware sind. Für die Träger sind solche Summen eine willkommene Finanzspritze, wenn die Plätze noch nicht mal abgerufen werden, umso besser. Diese Zahlen hat unser Bundestagsabgeordnete Norbert Müller mit einer Kleinen Anfrage ermittelt.

Linke Newsletter 11/21

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation/Fraktion SVV Schwedt

Eigentlich wollten wir am 1. Mai 2021 am Bollwerk einen Info-Stand durchführen. Auf Grund der coronabedingten Festlegungen mussten wir aber leider davon Abstand nehmen.

08.05.2021 Stille Kranzniederlegung

11 Uhr Neuer Friedhof
Schwedt



25.05.2021 Fraktionssitzung

17:00 Uhr Fraktionsraum 1. OG Raum 207

22.06.2021 Fraktionssitzung

17:00 Uhr Fraktionsraum 1. OG Raum 207

23.06.2021 SVV Schwedt

16:00 Uhr ubs

Am 24. April 2021 findet in Schönwalde-Glien (Landkreis Havelland) die Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste der LINKEN Brandenburg für die Bundestagswahl 2021 statt. Corona-bedingt gilt ein strenges Hygiene-Konzept. Der Zutritt zur Veranstaltung ist nur für gewählte Vertreter*innen, Kandidierende, geladene Gäste und Medienvertreter*innen mit vorheriger Anmeldung möglich. Ein Livestream wird bereitgestellt.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

02.05.2021 H.-Joachim Hebenstreit zum 90. Geburtstag
19.05.2021 Doris Meyner zum 65. Geburtstag
26.05.2021 Bärbel Ramm zum 65. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

03.05.2021 Birgitte Neteck zum 83. Geburtstag
10.05.2021 Detlef Klemer zum 62. Geburtstag
15.05.2021 Rosemarie Hilpmann zum 89. Geburtstag
16.05.2021 Hans-Jürgen Hahn zum 81. Geburtstag
17.05.2021 Hans-Dieter Clauß zum 66. Geburtstag
26.05.2021 Willi Zerbe zum 73. Geburtstag
10.06.2021 Julius Vogt zum 25. Geburtstag
17.06.2021 Thomas Tenner zum 78. Geburtstag
11.07.2021 Lieselotte Köppen zum 96. Geburtstag



KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 03-2021: 19.06.2021

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

nach Bedarf bzw. Tel. 415810

Finanzen

(neu: keine Bargeldeinzahlung)

Mo, 26.04.2021, 10 bis 12 Uhr

Mo, 31.05.2021, 10 bis 12 Uhr

Mo, 28.06.2021, 10 bis 12 Uhr

Mo, 26.07.2021, 10 bis 12 Uhr

Spenden werden weiter entgegen-
genommen.

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de